

# Aachener Zeitung

SAMSTAG, 2. JULI 2022 · 77. JAHRGANG



**Jannes Comeback**

Meyer-Zimmermann und ihre Liebe zum CHIO Aachen

Die Seite Drei



**Daten online speichern**  
Was man bei sogenannten Clouds beachten sollte

Service



**Joe Biden**

International erfolgreich, zu Hause in der Krise

Meinung

Nummer 151

www.aachener-zeitung.de

2,20 Euro

AACHEN

## Altstadt lockt wieder viel mehr Touristen

Im Windschatten der CHIO-Oxer nimmt auch der Tagestourismus wieder Fahrt auf. Vor allem Führungen mit bis zu 20 Teilnehmern werden bevorzugt gebucht. 379 Touren hat der Aachen Tourist Service im Juni veranstaltet, darunter 311 für geschlossene Gruppen und 39 aus dem öffentlichen Portfolio. Tendenz steigend, zumal Tagesangebote zunehmend kurzfristig nachgefragt werden, heißt es. Viele Gäste nutzen derzeit die Möglichkeit, per Neun-Euro-Ticket anzureisen. > Seite 13

WETTER



25° max Tag

13° min Nacht

> Bunte Seite

TELEGRAMME

## Nigeria erhält geraubte Kunstobjekte zurück

**BERLIN** Deutschland und Nigeria haben den Weg frei gemacht für die Rückführung in der Kolonialzeit geraubter Kunstobjekte. Mit einer „Gemeinsamen Erklärung zur Rückgabe der Benin-Bronzen“ wurde am Freitag in Berlin ein Rahmen geschaffen, wie die Eigentumsrechte an den wertvollen Stücken von deutschen Museen an Nigeria übertragen werden können. Außenministerin Annalena Baerbock, Kulturstatsministerin Claudia Roth (beide Grüne), der nigerianische Kulturminister Lai Mohammed und der Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Zubairu Dada, unterzeichneten das vier Seiten und zwölf Unterpunkte umfassende Abkommen, das eine „bedingungslose Rückgabe“ vorsieht. (dpa) > Kultur

## Kiew geht auf Distanz zu Botschafter Melnyk

**BERLIN** Die Regierung in Kiew hat sich nach einem Interview des ukrainischen Botschafters in Deutschland über den umstrittenen Nationalistenführer Stepan Bandera von den Äußerungen des Diplomaten distanziert. „Die Meinung, die der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, in einem Interview mit einem deutschen Journalisten geäußert hat, ist seine eigene und spiegelt nicht die Position des Außenministeriums der Ukraine wider“, teilte das Außenministerium in Kiew mit. Der ukrainische Botschafter bestritt in dem Interview Banderas Verantwortung für Massaker an Juden und Polen im Zweiten Weltkrieg. (afp) > Politik

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701  
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr  
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0  
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr  
www.aachener-zeitung.de/kontakt



4 194121 102203 6 0026

ARBEIT DER POLIZEI

## (K)ein Platz für Hass im Netz?

In Sozialen Netzwerken sind Hasskommentare keine Seltenheit. Die Verfolgung solcher Straftaten ist aber schwierig. Über die Gründe und warum der Polizei trotzdem jede Anzeige wichtig ist, spricht Andreas Müller von der Polizei Aachen. > SPEZIAL



Illustration: Adobe Stock

## Expertenrat lässt viele Fragen offen

Wissenschaftler sollen die Corona-Maßnahmen in Deutschland bewerten. Eine Erkenntnis ist, dass Masken bei richtiger Anwendung helfen. Bei anderen Bereichen ist die Aussagekraft vage.

VON BASIL WEGENER UND SASCHA MEYER

**BERLIN** Schutzmaßnahmen wie das Maskentragen können nach Ansicht eines offiziellen Expertengremiums auch weiter gegen das Coronavirus hilfreich sein. Zugangsbeschränkungen nur für Getestete sehen die Expertinnen und Experten ebenfalls als mögliche sinnvolle Auflage an. Hinter vielen anderen bekannten Auflagen setzt der Sachverständigenausschuss, der seinen Bericht am Freitag in Berlin vorstellte, große Fragezeichen – denn mangels ausreichender Daten seien keine sicheren Bewertungen möglich.

„Wir haben eine schlechte Datenlage“, sagte der Virologe Hendrik Streeck bei der Vorlage des Berichts. Die Wirkungen und Nebenwirkungen einzelner bisheriger Schutzmaßnahmen sind demnach kaum für sich genommen zu beurteilen. „Im Grunde sind das Maßnahmenbündel, wir können das nicht mehr auseinanderrechnen.“

**Positives Urteil über Masken:** Die einzelnen Maßnahmen werden von den Expertinnen und Experten

unterschiedlich bewertet. So stellte Streeck fest: „Masken wirken – das muss man deutlich sagen.“ Aber, so der Bericht: „Eine schlecht sitzende und nicht eng anliegende Maske hat jedoch einen verminderten bis keinen Effekt.“ Da das Coronavirus drinnen eher übertragen werden könne als draußen, „sollte eine Maskenpflicht künftig auf Innenräume und Orte mit einem höheren Infektionsrisiko beschränkt bleiben“, so das Gremium. „Eine generelle Empfehlung zum Tragen von FFP2-Masken ist aus den bisherigen Daten nicht ableitbar“, so das Gutachten weiter.

**Die Wirkung von Lockdowns:** Das gelte auch für die Wirkung von Lockdowns. „Wenn erst wenige Menschen infiziert sind, wirken Lockdown-Maßnahmen deutlich stärker“, so das Gutachten. Je länger ein Lockdown dauere und je weniger Menschen bereit seien, die Maßnahme mitzutragen, desto geringer sei der Effekt. Bei vielen sinkt laut den Wissenschaftlern die Bereitschaft mit der Zeit. Ähnlich wie bei den Lockdown-Maßnahmen sei auch die Kontaktnachverfolgung

vor allem in der Frühphase der Pandemie wirksam gewesen.

**Zugangsbeschränkungen:** Einen hohen Effekt messen die Expertinnen und Experten Zugangsbeschränkungen auf Geimpfte, Genesene und/oder Getestete bei, sogenannten 2G/3G-Maßnahmen – aber vor allem in den ersten Wochen nach der Boosterimpfung oder der Genesung. Der Schutz vor einer Infektion lasse mit der Zeit deutlich nach.

**Wirkung von Schulschließungen offen:** Weiterhin offen sei die genaue Wirksamkeit von Schulschließungen auf die Eindämmung der Ausbreitung des Virus. Weil zeitgleich mehrere Maßnahmen eingeführt wurden, könne demnach deren Effekt allein nicht gemessen werden. Das Gremium stellt zugleich fest, dass im Gegensatz dazu aber die „nicht intendierten Wirkungen“ durchaus untersucht worden seien. Das Gremium rät, eine weitere Expertenkommission sollte diese nicht beabsichtigten Folgen „unter besonderer Berücksichtigung des Kindeswohls“ genau prüfen.

**Reaktionen aus der Koalition:** „Die Bewertung der Corona-Maßnahmen ist in weiten Teilen vernichtend“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr. „Für uns Freie Demokraten steht eines fest: Tiefgreifende Grundrechtseingriffe wie Lockdowns oder Schulschließungen wird es nicht mehr geben.“ Gemäß dem Urteil der Expertinnen und Experten seien derartige Einschränkungen weder wirksam noch angemessen gewesen. Nun würden die Schutzmaßnahmen für den Herbst beraten. Nur mit einer besseren Datenlage könnten evidenzbasierte Entscheidungen getroffen werden.

Der Grünen-Gesundheitsexperte Janosch Dahmen sagte hingegen: „Die Aussagekraft des Berichts ist (...) begrenzt.“ An vielen Stellen weise er auf Unsicherheiten hin. „Die Abwesenheit von Evidenz zur Wirksamkeit ist keine Evidenz für die Abwesenheit von Wirksamkeit“, stellte Dahmen fest.

Dem Sachverständigenausschuss gehören Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen an. Die Evaluation sollte vor allem die Vorgaben im Rahmen der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ beleuchten. > Meinung/Region

## Anleitung zum Elster-Formular für die Grundsteuer

**AACHEN** Das Eingabeportal für die Daten zur neuen Berechnung der Grundsteuer auf elster.de, das am Freitagmorgen an den Start gegangen ist, funktionierte gestern nicht ganz fehlerfrei. Das Prüfprogramm läuft nach Angaben von Mitarbeitern der Finanzbehörde nicht korrekt. Diese Routine prüft vor dem Absenden der Daten an die Finanzbehörde, ob notwendige Eingaben vergessen wurden oder die Daten logische Fehler aufweisen. Die Eingabe der Daten aber war problemlos möglich. Wir erklären Ihnen Schritt für Schritt, wie Sie als Hausbesitzerin und Hausbesitzer auf Elster was eingeben müssen. (cs) > Region

## Sprengungen von Geldautomaten 2021 rückläufig

**WIESBADEN** Die Polizei hat 2021 in Deutschland etwas weniger Geldautomatensprengungen registriert als noch ein Jahr zuvor. Die Ermittler gehen davon aus, dass dies an den coronabedingten Ausgangssperren liegt, wie das Bundeskriminalamt am Freitag mitteilte. Die Beutesumme wuchs insgesamt – trotz der geringeren Zahl der Fälle – im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent auf 19,5 Millionen Euro. Dies hat damit zu tun, dass die Täter bei den Sprengungen häufiger Bargeld erbeuteten, wie das BKA erläuterte. (dpa) > Region

## Ferien: Die zweite Reisewelle rollt am Wochenende

**KÖLN/DÜSSELDORF** Mit vollen Zügen, Schlangen an den Flughäfen und mehr Verkehr auf den Autobahnen dürfte die zweite Reisewelle in Nordrhein-Westfalen starten. Während es auf den Autobahnen laut ADAC voller werden könnte als am ersten Ferienwochenende, ist an den großen Flughäfen Düsseldorf und Köln leichte Entspannung möglich: Die Flugplatzzahlen sollen heute und morgen unter denen des ersten Ferienwochenendes liegen. Auf den Autobahnen werden lange Staus erwartet. (dpa) > Welt

## Kontroverse Diskussion um Lindners „Spardiktat“

Die Bundesregierung will im Haushalt 2023 eine finanzpolitische „Zeitenwende“ hinlegen. Doch wie kann dies überhaupt gelingen?

VON ANDREAS HOENIG

**BERLIN** Die Rückkehr zur Schuldenbremse – es ist das zentrale Versprechen von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Erstmals nach drei Ausnahmejahren wegen der Corona-Pandemie soll die im Grundgesetz verankerte Bremse im Bundeshaushalt 2023 wieder eingehalten werden. Lindners Entwurf für diesen Haushalt wurde am Freitag vom Bundeskabinett beschlossen. Doch die Kritik ist groß, der Deutsche Gewerkschaftsbund sprach angesichts unsicherer Zeiten und großer Herausforderungen von einem „Spardiktat“. Auch Haus-

halter der Ampel-Frak-tionen sehen Nachbesse-rungsbedarf. Lindner verteidigte seinen Kurs. „Wir können uns zusätzliche Schulden schlicht nicht leisten“, sagte der FDP-Chef in Berlin. „Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.“ Wer dauerhaft Schulden mache, werde zur Tilgung an der Steuerschraube drehen müssen. Steuererhöhungen schloss Lindner aber erneut aus. Daher sei die Schuldenbremse von so hoher Bedeutung. Diese sieht nur eine geringe Nettokreditaufnahme vor. Bei SPD und Grünen gibt



Bundesfinanzminister Christian Lindner. FOTO: DPA

es aber Stimmen, welche die Schuldenbremse infrage stellen. Der Grünen-Chefhaushälter Sven-Christian Kindler etwa sagte, die fossil getriebene Inflation belaste viele Bürger und Unternehmen. „Wir werden uns im Herbst bei der weiteren Beratung des Haushaltsentwurfs die aktuelle Lage sehr genau anschauen und bewerten. Wenn sich im Herbst die Krisen verschärfen sollten, werden wir handeln und das Notwendige finanzieren. Wir lassen die Bevölkerung in Notzeiten nicht allein, und wir sparen uns in keine Krisen hinein.“ DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell forderte, die Koalitionspartner in der Ampel müssten Lindner zur Raison bringen, sonst drohe der soziale Frieden ins Wanken zu geraten. Die Schuldenbremse dürfe 2023 nicht wieder in Kraft treten.

„Die dringend notwendigen Entlastungspakete und Investitionen müssen auch über Kredite finanziert werden können.“

**Kein neues Entlastungspaket**

Lindner aber hatte sich gegen ein neues Entlastungspaket in diesem Jahr ausgesprochen. Selbst bei einem Stopp russischer Gaslieferungen könne nicht notwendigerweise der Staat alle damit zusammenhängenden Folgen tragen, machte der Minister deutlich. Konkret soll 2023 die Neuverschuldung bei Gesamtausgaben im Bundeshaushalt von 445,2 Milliarden Euro bei 17,2 Milliarden Euro liegen. Darin enthalten sind aber auch milliardenschwere Kredite etwa an den Internationalen Währungsfonds,

diese werden bei der Schuldenbremse ausgeklammert. Damit trägt die Neuverschuldung im Etat knapp zehn Milliarden Euro.

Um die Regel einhalten zu können, will der Bund im kommenden Jahr 40 Milliarden Euro aus der rund 48,2 Milliarden Euro starken allgemeinen Rücklage einsetzen – die Union sprach von einer Plünderung. Der Entwurf sieht außerdem 3000 Stellen weniger vor. In vielen Ressorts seien geringere Mittel vorgesehen, machte Lindner klar. Es dürften harte Verhandlungen mit vielen Ministern gewesen sein. Mit Blick auf Unsicherheiten vor allem durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine sieht Lindner den Bund aber dennoch „reaktionsbereit“. Der Haushaltsentwurf sieht eine Krisenvorsorge in Höhe von fünf Milliarden Euro vor.